

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Aktuelle Stunde März-Landtag 2016

Mauro Pedrazzini

-----es gilt das gesprochene Wort-----

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, oder breiter gefasst, die Wahl eines Lebens-, bzw. Erwerbsmodells in einer Partnerschaft mit Kindern ist eine gesellschaftspolitische Fragestellung, welche regelmässig zu Diskussionen Anlass gibt. Wenn man die Debatte verfolgt, dann bekommt man den Eindruck, dass die Platte einen Sprung hat. Seit Jahrzehnten läuft sie nach demselben Muster ab und es scheint um unüberbrückbare Glaubensfragen zu gehen.

Vordergründig geht es um Geld, es geht um die Verteilung von Geld. Das ist aber selten das eigentliche Problem. Es geht meistens um Wertschätzung. Heute werden beispielsweise Kindertagesstätten subventioniert. Daraus wird abgeleitet, dass die Regierung anscheinend **eine** Form der Kinderbetreuung bevorzuge und die Betreuung durch die Mutter nicht wertschätze. So fühlen sich viele Frauen, insbesondere auch diejenigen, welche vor vielen Jahren das sogenannte „traditionelle“ Familienmodell gelebt haben, für ihre Erziehungsarbeit fälschlicherweise nicht wertgeschätzt. Ich denke, dass dies ein zentrales Problem der Diskussion darstellt, welches überwunden werden muss.

Die Diskussion hat noch weitere problematische Elemente: Müttern, welche erwerbstätig sind, werden Vorwürfe gemacht, dass man keine Kinder auf die Welt stellen soll, wenn man sich nachher nicht um sie kümmern wolle. Sie fühlen sich dann als schlechte Mütter an den Pranger gestellt. Dann wird gut ausgebildeten Müttern, welche keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, vorgeworfen, der Staat habe viel Geld in ihre Ausbildung investiert und sie würden sich nun aus der Verantwortung stehlen. Es sind viele derartige Sticheleien, welche die Betroffenen beleidigen oder zumindest die Unsicherheit schüren, dass sie irgendetwas in ihrem Leben falsch machen. Damit wird die Diskussion vergiftet.

Für eine vernünftige und sachliche Diskussion ist mit einer stark vereinfachten Sicht der Welt jedoch kein Blumentopf zu gewinnen.

Unserer Land hat sich in den letzten Jahren verändert: In weit über der Hälfte der Familien mit Kindern in unserem Land tragen mittlerweile beide Elternteile

zum Haushaltseinkommen bei. Die Welt ist aber nicht schwarz oder weiss, sie kann nicht unterteilt werden in Mütter, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und denjenigen, welche ausschliesslich ihre Karriere im Kopf haben. Es ist alles viel komplexer geworden. In einer Hinsicht aber ist unsere Gesellschaft noch recht traditionell: Die Männer sind bis auf wenige Ausnahmen in Vollzeit erwerbstätig. Auch wenn erwartet wird, dass der Mann seinen Teil beiträgt, betrifft das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Frau in besonderem Masse.

Die Vorstellung, dass beide Elternteile einer Arbeit nachgehen, welche zwischen 8 und 17h, mit garantiert freien Wochenenden und Mittagspause von 12 bis 13h, erledigt werden kann, trifft die Realität nur selten. Pflegekräfte haben Dienstpläne, welche eine hohe zeitliche Flexibilität voraussetzen. Im Arbeitsleben gehören heute Sitzungen über Mittag, in den frühen Abendstunden oder gar bis spät in die Nacht oder Gruppen-Events am Samstag in vielen Berufen zur Normalität. Die permanente Erreichbarkeit wird oft vorausgesetzt. Zwischen einer Tätigkeit im Kindergarten oder in einem Architekturbüro, im Verkauf oder im Gesundheitswesen, in einer Anwaltskanzlei oder einem Beruf mit Schichtarbeit bestehen riesige Unterschiede, was die Herausforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft.

Um die Rolle des Staats zu definieren, braucht es meines Erachtens ein gewisses gemeinsames Grundverständnis des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es gibt **einen** Grundsatz in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, der zum unabdingbaren Recht des Menschen erklärt wurde: „the pursuit of happiness“, also das „Recht auf Streben nach Glück“.

Dieses Glück kann der Staat nicht garantieren, er soll aber den Weg dahin ermöglichen. Die Menschen sind verschieden, aber sie alle streben nach ihrem individuellen Glück. Die in der Gesellschaft nötige Toleranz soll verschiedenen Vorstellungen vom Leben einen Platz einräumen, solange die damit verbundene Eigenverantwortung wahrgenommen wird.

Frauen sind durch die gewünschte Vereinbarkeit am stärksten belastet. Ich habe in letzter Zeit viele Gespräche miterlebt, aber nur ganz selten wurde die Frage gestellt: „Was will die Mutter?“. Diese triviale Frage wird einfach nicht gestellt und das ärgert viele Frauen in unserem Land masslos. Gerade weil man diese Frage nicht stellt, sieht aus der Optik einer jungen Frau die Welt so aus, als ob andere Menschen, meist fortgeschrittenen Alters, ihr vorschreiben wollen, was sie zu tun habe und was nicht, was gut sei für die Kinder und was nicht. Es ärgert diese Frauen, dass andere Menschen, welche sie nicht einmal kennen, sich in ihr Leben einmischen wollen.

Es gibt junge Frauen, auch mit sehr guter Ausbildung und beachtlicher Karriere, welche sich voll auf ihre Rolle als Mutter konzentrieren wollen, oder zumindest ein paar Jahre eine berufliche Auszeit nehmen und dann weiter sehen wollen. Andere wollen in einem recht hohen Pensum weiter erwerbstätig bleiben, andere nur mit einem kleinen Pensum im Arbeitsleben bleiben, in der Absicht, möglichst einfach wieder in den Beruf einsteigen zu können, wenn die Kinder grösser sind. Das alles muss möglich sein in unserer Gesellschaft und zwar ohne gegenseitige Vorwürfe. Es darf aber verlangt werden, dass ein zukünftiges Elternpaar sich Gedanken darüber macht, welcher Lebensstandard angestrebt wird und ob er mit dem Einkommen, das im konkreten Fall erwirtschaftet werden kann, auch erreichbar ist.

Die Kinder sind ihrer Umgebung ausgeliefert. Das Kindswohl, wie es so schön heisst, ist denn auch einer der wenigen Themenbereiche, bei denen sich der Staat meines Erachtens in Familienangelegenheiten einmischen darf und muss. Er muss sich einmischen, wenn durch zerrüttete Familienverhältnisse, Misshandlungen, religiösen Fanatismus oder andere Vorkommnisse das Kindswohl gefährdet ist. Das sind aber Extremfälle.

Viel schwieriger ist die Frage zu klären, ob es dem Kindswohl abträglich sei, wenn es schon in sehr frühem Alter fremdbetreut wird. Leider wird auch in diesem Gebiet zu stark mit Vereinfachungen argumentiert. Wissenschaftliche Erkenntnisse, welche durch Untersuchungen von Extremsituationen gewonnen wurden, werden allzu oft gedankenlos auf Durchschnittsfamilien übertragen.

Es gilt heute als erwiesen, dass die meisten Kinder darunter leiden, wenn die Bezugsperson häufig wechselt. Aber wie häufig ist zu häufig? Sind zwei Tage Fremdbetreuung pro Woche zu viel? Wie viele verschiedene Bezugspersonen kann ein Kind problemlos ertragen? Eindeutige Antworten auf diese Fragen existieren nicht. Jedenfalls aber besteht die latente Befürchtung, dass durch falsche Betreuung im Säuglingsalter die Wahrscheinlichkeit von Verhaltensstörungen im Jugendalter zunimmt. Diese Befürchtungen müssen ernst genommen werden.

Es gibt deshalb staatliche Vorschriften über Gruppengrössen, Betreuungsverhältnisse und Ausbildungsanforderungen in Kindertagesstätten. Alle diese Vorschriften wurden nach bestem Wissen und Gewissen so gestaltet, dass das Kindswohl nicht gefährdet sein sollte. Sie machen die Betreuung aber kostspielig. Wenn diese Kosten von den Eltern zur Gänze übernommen werden müssten, dann könnten sich nur Eltern mit überdurchschnittlich hohem Haushaltseinkommen diese Betreuungsform leisten. Subventionen sind daher nötig, um

die Nutzung von Kitas auch in unteren und mittleren Einkommensklassen zu ermöglichen.

Viele berufstätige Frauen wünschen sich allerdings, dass sie sich etwas länger **ausschliesslich** um die Kinder kümmern können als die gesetzliche Karenzzeit von 20 Wochen ihnen erlaubt. Sie haben Mühe damit, Kinder, die nicht einmal ein halbes Jahr alt sind, in fremde Hände zu geben, und sei es auch nur für einen oder zwei Tage pro Woche.

Wenn die Mutter zusätzlich zur Karenzzeit den vor einigen Jahren eingeführten unbezahlten Elternurlaub von vier Monaten in Anspruch nimmt, dann kann sie sich, unter Beibehalt des Arbeitsplatzes, insgesamt rund 9 Monate ausschliesslich um das Kind kümmern.

Die vier Monate des Elternurlaubs sind unbezahlt und es ist meines Erachtens politisch derzeit nicht realistisch, einen vom Arbeitgeber bezahlten Elternurlaub einzufordern. Es wäre nun denkbar, dass das Elternpaar während vier Monaten auf das Gehalt der Frau verzichtet, bzw. genau für diese vier Monate Ersparnisse anlegt. Alternativ wäre ein Wahlrecht beim Bezug des Kindergelds denkbar, also dass während vier Monaten ein erhöhtes Kindergeld ausgerichtet wird, dafür aber das Kindergeld für die restliche Bezugsdauer entsprechend gekürzt wird.

Für Arbeitgeber ist es in erster Linie attraktiv, wenn sie Frauen mit langer Betriebserfahrung im Unternehmen halten können. Gerade bei qualifizierten Stellen und in kleineren Betrieben ist der Verlust an Fachwissen und persönlichem Netzwerk durch eine Kündigung enorm.

Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert von allen Seiten **eine** wichtige Eigenschaft in hohem Masse: Flexibilität. Je nach Arbeitsplatz und Branche müssen Lösungen, welche zur beiderseitigen Zufriedenheit ausgestaltet sind, anders aussehen.

Für Fortschritte in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Zusammenwirken von Staat und Unternehmen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nötig. Wir müssen in unserer Arbeitswelt Modelle entwickeln, welche die Vereinbarkeit in besonderem Masse sicherstellen, uns darüber austauschen und die Modelle weiterentwickeln. Es wird aufgrund der Komplexität der Ausgangslage kein Modell geben, das für alle Branchen und Tätigkeiten passt, aber ich bin überzeugt, dass sich die Mühe lohnt. Es wäre ein grosser Fortschritt für unsere Familien und unseren Werkplatz, wenn das individuelle Streben nach Glück durch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert würde.